

Studiticket, Juso & eRCeDeS

Die Arbeit als Kommunalreferent in der FSK ist zwischen den Wahlen immer recht interessant, da sie sich an inhaltlichen Themen orientiert, in denen echte Verbesserungen erreicht werden können. Im Allgemeinen lassen uns die Hochschulgruppen auch rund ein Jahr ungestört arbeiten, in zwei Wochen sind aber Wahlen, die Ruhe ist kurz gestört, ich muß mich mit den 'Argumenten' der Hochschulgruppen auseinandersetzen:

Z.B. mit denen der Jusos, die ein Jahr kein Wort über das Studiticket verloren und unserem Modell nun ein 'Juso-Modell' gegenüberstellen. Vor vier Wochen hatten wir versucht, uns mit den Hochschulgruppen an einen Tisch zu setzen, damit wir nicht verschiedene Modelle propagieren und so unseren Einfluß zersplittern würden. Schade - die Jusos nutzten dies leider zur Weiterbildung in Sachen Studiticket um doch noch ein 'eigenes' Modell vorzustellen:

Für 45 DM im Semester sollen alle Studis den öffentlichen Nahverkehr umsonst nutzen können. UNIMUT-LeserInnen fällt vielleicht auf, daß damit das Solidarmodell gemeint ist, mit dem die FSK vor einem Jahr antrat (und daß keines unserer Argumente von damals ausgelassen wurde ...). Auf die Zahl von 45 DM zu kommen, fiel den Jusos nicht schwer, denn auch sie bekamen die Umfrage zum Studiticket zugeschickt, in der das Solidarmodell mit eben 45 DM beziffert war, was auf ein Angebot der Verkehrsbetriebe (VRN) zurückgeht.

45 DM x 2 (Semester pro Jahr) x 30000 Studis = 2,7 Mio DM/Jahr.

Dies ist eine Zahl, die im Juso-Papier nicht auftaucht. Dagegen kritisieren sie die FSK, weil sie dem VRN 1,5 Mio DM/Jahr geben will, eine Zahl, die wir von vornherein für zu hoch angesetzt halten' (Jusos). Es scheint die Jusos haben 'ihr' Modell nicht einmal durchgerechnet, denn sonst hätten sie wohl bemerkt, daß sie dem VRN 1,2 Mio DM mehr versprechen.

Da gibt es noch mehr Fehler, so z.B. rechnen sie mit 6 Monaten pro Semester, obwohl jede vernünftige Berechnung nur durchschnittliche 3-4 Monate ansetzt, usw.

Tja Jusos, nächstes Mal früher aufstehen!

Auf einer solchen Ebene reicht es hoffentlich, sich nur kurz mit dem Solidarmodell auseinanderzusetzen. Es zeigte sich in den Verhandlungen früh, daß niemand der Verantwortlichen ein Solidarmodell wollte, daß dem schwere rechtliche Bedenken gegenüberstünden (das Studentenwerk wird einem Solidarmodell faktisch nicht zustimmen) und las letztendlich (die Umfrage!) nur 20% der Studierenden für dieses Modell waren. Wir zogen es daher vor, einen Kompromiß zwischen den Fronten zu finden (FSK-Modell: 15 DM Beitragserhöhung, dafür ein Halbjahresticket für 90 DM und halber Preis bei Einzelfahrten), statt es uns bequem zu machen und bei unserer Idealforderung stehen zu bleiben.

Der RCDS zeigte sich wieder mal noch konstruktiver, sie wollen das wunderbare 'einheitssozialistische' Modell, wonach alle Studis zwischen Wohnort und Uni umsonst fahren. Na, hier zählt sich doch der Zusammenschluß mit den ehemaligen Blockparteien aus. Wer's bezahlen soll und wieviel es kostet, blieb offen, viel Glück also, RCDS bei den Verhandlungen mit Eurer Mutterpartei. Leider hat auch die LHG einer Zusammenarbeit im Voraus die nötige Vertrauensbasis entzogen, da nach einem informellen Gespräch am folgenden Tag ohne Absprache gleich ein Flugblatt dazu veröffentlicht wurde.

Betrachtet man die 'Konzepte', die die Hochschulgruppen jetzt vorstellen, ist es im Nachhinein sehr fraglich, was denn eine Zusammenarbeit hätte bringen können. Wer Landesvorsitzender der Jusos werden will, braucht wohl ein Konzept zum Studiticket. Daß es sich hierbei um planlos Abgeschriebenes handelt, wird auf Landesebene schon niemand mitbekommen. Und v.a. brauchen die Hochschulgruppen Sitze im 'ASTA', denn ohne Posten keine Profilierung.

Für uns Aktive im Kommunalreferat, die jede Woche 10 Stunden konkrete Arbeit leisten, ist so eine Situation fatal. Sich zusätzlich ständig mit völlig unbedarften Profilierungspapieren auseinandersetzen zu müssen, verbraucht Zeit und Kraft, die wir lieber in die Umsetzung konkreter Ziele stecken würden.

Ich bin sicherlich ein Kritiker innerhalb der FSK und wollte eine sachliche Zusammenarbeit mit den Hochschulgruppen erreichen, doch diese entziehen der 'Sachlichkeit' jede Basis.

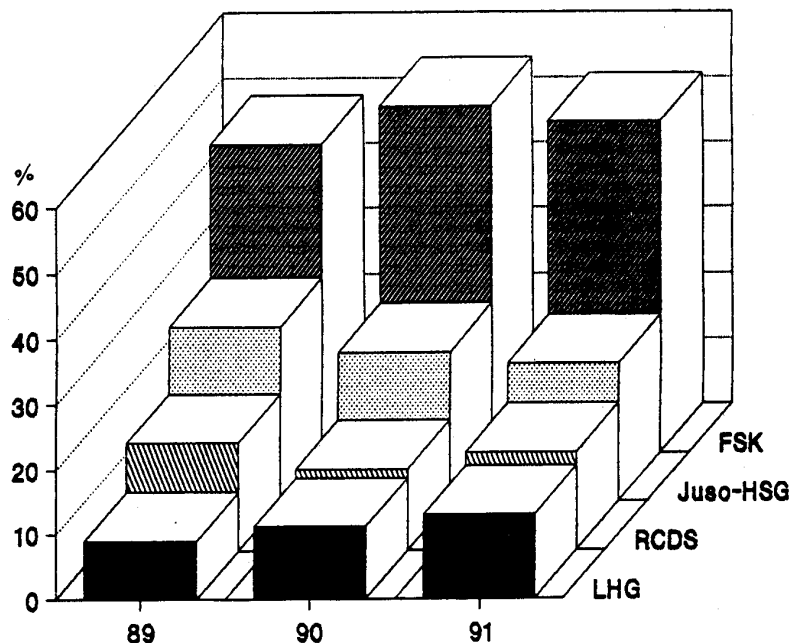
Wenn Ihr wollt, daß in der Studierendenvertretung (FSK) im nächsten Jahr mehr Platz für inhaltliche Arbeit ist, dann entzieht den Hochschulgruppen endlich das Fundament ihrer 'Scheinarbeit', die auf Flugblätter-Schreiben und innerparteiliche Profilierung reduziert ist. Die Hochschulgruppen haben in den letzten Jahren kaum an konkreten Inhalten gearbeitet, zumindest vom letzten Jahr weiß ich, daß im Bereich des Studitickets von deren Seite nichts zu erwarten war (die Jusos wußten noch nicht einmal die Namen der Verantwortlichen, mit denen wir ständig verhandelten, geschweige denn, daß sie mit diesen geredet hätten).

Ich fordere Euch im Sinne einer konstruktiven Arbeit, mit Ergebnissen, die uns allen nützen, zur **Abwahl dieser Hochschulgruppen auf**. Entzieht ihnen endlich die Basis ihrer Scheinaktivität zwingt sie zu konkreter Arbeit!

Diejenigen Hochschulgruppier, die an Inhalten interessiert sind, wissen, daß das Kommunalreferat jedem offensteht und hier ausreichend Raum für Zusammenarbeit besteht, mal unabhängig davon, ob ihre Gruppenchefs ihre 'ASTA'-Pöstchen haben oder nicht.

Christian vom Kommunalreferat der FSK

Wahlergebnisse seit 1989



UNIMUT - Statistics

Unimut

Nr. 57

17.6.92

ZEITUNG an DER UNI HEIDELBERG

??????????

Warum ?

Kommentar: Vom Schaden der Wahl



"Wenn Wasserwerfer in der Abendsonne warten" - Eine regionalpolitische Farce in 6 Akten

...waren schon nahezu "historisch" zu nennende Ereignisse, die sich da in den letzten Wochen in Mannheim zugetragen haben. So müssen es zumindest die Mannheimer Polizei-, Stadtrats- und Presse-Provinzgrößen empfunden haben. Einmal im Leben möchte jeder drittklassige Polizei-Oberrat Schimanski sein, jeder OB einmal John Wayne und jede/r JournalistIn möchte einmal eine Reportage mit dem Titel: "Wenn Wasserwerfer in der Abendsonne warten" schreiben. Ihr mögt mir nicht glauben, liebe LeserInnen, aber ich versichere hiermit an Eides statt: Dieses und alles, was ich im folgenden aus diversen Regional-Gazetten zitieren werde, hat sich, bevor es in zigtausender-Auflage unters Volk kam, in den Köpfen von "professionellen" JournalistInnen zugetragen.

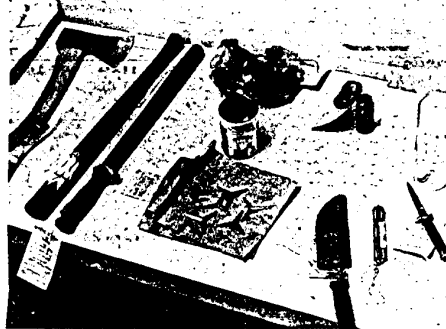
1. Akt: "Jünglinge mit Pubertätspickeln" überfallen Mannheim

Aus der Sicht der 3 auflagenstärksten Tageszeitungen der Region erlebte Mannheim am Samstag wahrlich Schicksalsstunden: Tausende von gewaltgeilen Chaoten, darunter "schräge Vögel", "bunte Punks" und "Jünglinge mit Pubertätspickeln" hatten sich "bundesweit" nach wohlüberlegter Logistik nach Mannheim aufgemacht. Alles verlief wie in jenen Zeiten, als Moskau noch jede Chaoten-Demonstration sozialistisch ferngesteuert hatte! Mit einer "säuregefüllten Glühbirne" und einer "Axt" wollten die "Linksradikalen" Mannheim in Schutt und Asche legen. Der Mannheimer Morgen(MM)-Kommentator "MacBarchet" analysiert: "Ihre Motivation ist ohnehin nur schwer nachvollziehbar, weil ideologisch verbogen". Ganz recht! Auch mir will nicht einfallen, was die Chaoten mit der Glühbirne und der Axt wollten. Hatten sie es etwa gar auf unschuldige Bäume abgesehen? Tja, so war die Situation! Es war eben alles -friedliche Demonstration hin oder her- sehr bedrohlich!

2. Akt: Rolladen runter!

Angesichts der ungeheuerlichen Absichten und der zu erwartenden schweren Bewaffnung der Chaoten hatten der Mannheimer OB Gerhard Widder und Polizeipräsident Knut Feldmann in einem

halbseitigen "Aufruf an die Mannheimer Bevölkerung" im MM die "lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen" "eindringlich" gebeten: "Bewahren Sie Ruhe (...) Folgen Sie den Hinweisen der Polizei (...) Haben Sie Verständnis für" xyz, etc... "Für alle Fälle" hatte man einen "Krisenstab mit Vertretern von Ordnungsamt und Katastrophenschutz gebildet". Zudem waren Straßen-Cafés angewiesen worden, ihren Betrieb am Samstag vorübergehend ruhen zu lassen. OB und Polizeipräsident hatten also alles unternommen, um die Mannheimer Bevölkerung nicht unnötig



Für eine friedliche Demonstration nicht nötig: ein Bei, Schlagstock, Wurfsterne und Messer beschlagnahmte die Polizei. Bild: Kresse

Aus Mücken Elefanten gemacht: ein Bei zum Holzmachen, bei 189 Personen ganze 2 Taschenmesser und Mercedes-Sterne als "Wurfsterne" ertappt...

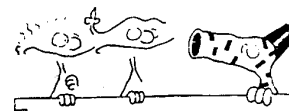
zu beruhigen! Die Presse kommentierte später gelassen: "Die Mannheimer haben den Ausnahmezustand, der wie ein Hurrikan über sie hereinbrach, mit Fassung ertragen. Sie haben die Rolläden herunter gelassen. Sie haben darauf verzichtet, den schönen Sommerabend in Straßencafés zu genießen (...)". Ein Hurrikan war das wohl: Aber wer hatte den Wind gemacht?

3. Akt: Aushebung der "logistischen Zentrale"

Nachdem also Behörden und Presse einvernehmlich festgestellt hatten, daß "öffentliche Sicherheit" und "Ordnung" ernsthaft bedroht waren, war ein über die Grenzen Mannheims hinausreichendes Demonstrationsverbot und ein "Ausnahmezustand" nicht nur gerechtfertigt, sondern zweifellos zwingend geboten! Hatten doch die Militanten nicht davor zurückgeschreckt, mitten in der Stadt ein Szenelokal zur terroristischen Zentrale umzufunktionieren:

michael!

Studis, gute Nacht, Geschichte - Teil 2 -



Perkeo schießt aufs UG



Während anlässlich der Wahlen zu einigen Unigremien eine oberflächliche Schlamm-schlacht beginnt, lohnt ein Blick zurück in andere niveauvollere Redeschlachten, die uns zeitlich vielleicht fern, aber inhaltlich doch so nahe sind, daß sie eine geradezu beängstigende Aktualität gewinnen:

"(...)
Die durch große Teile der Professoren-schaft vertretene hierarchische Struktur der Universität beabsichtigt, um die Eigenständigkeit ihrer Lehre und Forschung zu erhalten, mit den profitorientierten Rationalisierungsvorschlägen der Kultusminister einen Kompromiß auf dem Rücken der Studentenschaft einzugehen, sich mit Studienbeschränkungen, Studienzeitverkürzungen usw. einverstanden zu erklären, was nichts anderes heißt, als für sich die Wissenschaft behalten zu wollen, den Studenten aber eine schnelle Berufsschule in Richtung Amt und Ehe anzubieten!

Die Kultusminister, zwar zufrieden mit der Ausbildung von 'Spezialisten ohne Herz und Verstand' (M. Weber), vulgär: 'Fachidioten' wollen dennoch die Beseitigung 'alter Zöpfe der Hierarchie' den Studenten als 'größere Mitbestimmung' verkaufen; die Kette erhält einige Blumen. Die Studenten sollen ihre eigene Beerdigung organisieren dürfen. Studienzeitverkürzung, Studienbeschränkung, Zwangsexmatrikulation und Mitbestimmung schließen sich per definitionem aus.

Nur noch wenige Professoren lehren etwas über den Zusammenhang wissenschaftlicher Ausbildung und praktisch-politischer Tätigkeit im Namen der Vernunft gegen die Herrschaft der Unmündigkeit, der 'totgeschlagenen Materie' über den lebendigen Menschen. Aus dieser Trennung von Wissenschaft und Befreiungsbewegung resultiert u.a. eine der symptomatischsten und erschreckendsten Erscheinungen des gegenwärtigen Studiums: die völlige Beziehungslosigkeit zwischen dem Professor und den Studenten.

"(...)
Der ernsthafte Teil der Studentenschaft, das kritisch-autoritäre Lager, betrachtet die Studienzeit nicht als Rezeption bedeutungslosen Wissens, nicht als Durchgang zum sozialen Aufstieg in einer repressiven Gesellschaft, nicht als lustigen Zeitvertreib oder pseudo-revolutionäres Happening, sondern als die Mehrheit der Menschen systematisch verweigerte Möglichkeit, sich durch intensive Anstrengung von den durch Vergangenheit und Erziehung verinnerlichten fremden Herrschaftsinteressen zu befreien, die spezifisch menschliche Verstandestätigkeit in sprengende Vernunft gegen die bestehende Gesellschaft zu transformieren.

Die Niederlage dieser Studenten wäre der Sieg der autoritären Leistungsuniversität. In ihr geht alle Aktivität und Bewegung von oben aus. Ihr Telos ist der geschlossene und formierte Einsatz aller Abteilungen und Ressorts für die Ziele der Gesamtpolitik, d.h. für den status quo des etablierten Gleichgewichts der Herrschaft.

"(...)"



„Aber Herr Kollege, es ist doch paradox, wenn Linke Rechte beanspruchen.“

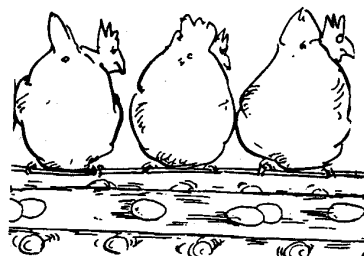
Soweit Rudi Dutschkes Beitrag "Demokratie, Universität und Gesellschaft" vom Mai 1967. Wie soll sich noch heute hieran etwas ändern, wenn nicht auch außerhalb der professoral dominierten offiziellen Unigremien Diskussionen laufen und Vorschläge erarbeitet werden? Aber Dutschke erkennt schon den Preis dafür:

"Wir (=der ernsthafte Teil der Studierendenschaft) schwimmen nicht mehr im Schlepptau der öffentlichen Meinung, sind kein von Parteien und Interessengruppen umschmeicheltes Lieblingskind, man lobt uns nicht mehr - Wir sind dabei, die akademische Würde zu verlieren (...)"

Und wer ist angesichts der eigenen Karriere bereit, diesen Preis zu zahlen? Das sind in der Regel doch nur einige "halbverrückte" oder "blöde" Fachschaffter und Fachschaffterinnen, einzelne Couragierte und andere, die sich auch und gerade außerhalb der gängigen verkrusteten Unigremien und Strukturen engagieren.

Auf denn zur Uniwahl!
Unternehmen wir den - letztendlich nutzlosen - Versuch, gesellschaftliche Grundfragen unter 'hochschulpolitischen' Vorzeichen auszutragen. Wenn wir jedoch wirklich etwas erreichen wollen und nicht bereit sind, selber aktiv zu werden, sollten wir zumindest versuchen, die zu wählen, die sich nicht auf scheindemokratische Spielchen festlegen lassen. Es gibt zuviele, die durch freudiges Erwachen zu den Wahlen den Beweis ihrer eigenen Entmündigung und 'geistigen Reduziertheit' (Dutschke) antreten.

Sten-Pieter Kheislik



In seinen - originellerweise ganz ähnlich wie letztes Jahr - gestalteten Wahlkampfplakat zitiert der RCDS offenbar gängige Vorurteile über sich selbst, bzw. was er dafür hält. "Wir seien die fünfte Kolonne der CDU" - nun ja, zweifellos eine zeitlos gültige Aussage. Aber was meint der RCDS mit "Und statt in Cuba würden wir in Spanien und Griechenland ausgebildet"? Ist das vielleicht aus einem RCDS-Wahlkampfprogramm von vor 1975 abgeschrieben? Oder wo liegt der tiefere Sinn dieser Message? Während solche Merkwürdigkeiten, ebenso wie die prägnanten politischen und hochschulpolitischen Forderungen des RCDS, noch relativ belanglos erscheinen, ist dem Wahlprogramm auch nach dem Genuß mehrerer Gläser Bier (bzw. cerveza und Ouzo) noch zu entnehmen, daß besagte hochschulpolitische Gruppierung zwar in der Lage ist, die alte Brücke Heidelbergs einigermaßen naturgetreu abzubilden und somit sowohl heimatkundliche Kenntnisse als auch Traditionsbewußtsein zu dokumentieren, aber offensichtlich die simpelsten Gegebenheiten des Universitätsgesetzes (UG) nicht durchschaut hat. Die Seite "Die Gremien der Uni auf einen Blick" erscheint zwar auf den ersten Blick sehr übersichtlich, beim zweiten Blick fragt sich jedoch der/die LeserIn, wo denn die übrigen Mitglieder der Uni, also alle nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und vor allem die ProfessorInnen bei der Wahl der Uni-Gremien bleiben. Nur die Studierenden im Fachbereich wählen nach der RCDS-Grafik die Fakultätsräte - und ich dachte immer, die Studierenden wählen nur ihre 3 studentische VertreterInnen, während die je nach Fakultät bis zu 5 InstitutsvorleiterInnen ohnehin kraft Amtes Mitglieder sind, die 6 Profs und 3 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen (und die vom RCDS völlig vergessenen nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen) von den jeweiligen Gruppen gewählt werden. Noch schlimmer: Die Fakräfte mit je 3 studentischen VertreterInnen und Profs usw. "bilden" die "legitimierten Fachschaften (je 6 stud. Vertreter)", während im UG doch steht, die studentische Mitglieder und ihre 3 StellvertreterInnen seien die "Fachschaften". Andererseits, in wiefern sind diese Fachschaften "legitimiert"? Und wie soll die Arbeit dieser sogenannten Fachschaften in Fakultäten aussehen, die aus mehr als 6 Seminaren/Instituten bzw. Fächern bestehen (Neuphil., Phil-Hist., Orientalistik und Altertumswiss., Soz.- und Verhaltenswiss.)? Hier können die 6-köpfigen "legitimierten Fachschaften" nicht mal alle Fächer abdecken. Ist es da nicht sinnvoller, die Fachschaften der FSK, d.h. die Fachschaften, die sich auf Fachbereichsebene gebildet haben, zu wählen?

Katrin

Fortsetzung: ????????

"Nach (Polizeioberrat) Lewitzkis Angaben fanden die Beamten in der Gaststätte ein "logistisches Zentrum" mit Telefonverbindungen und sogar einem Stadtplan, in dem alle Kontrollstellen eingezeichnet waren." Unglaublich! Eine Gaststätte mit Telefonanschluß! Und noch dramatischer: Die Chaoten hatten sich einen Spionage-Stadtplan verschafft! Wer hat da nicht dichtgehalten? Wie ich aus gut informierten ChaotInnen-Kreisen erfahren konnte, handelte es sich bei dem ominösen Schriftstück um einen auch unter Mannheimer BürgerInnen weitverbreiteten Stadtplan des VRN! Hat die Nahverkehrs-Mafia mit den Chaoten gemeinsame Sache gemacht? Wir wissen es nicht. Was die "logistische Zentrale" betrifft, berichtete die Frankfurter Rundschau aus etwas distanzierterer Perspektive kurz und trocken: "Die Polizei hatte auf richterliche Anordnung ein Lokal durchsucht. Die Vermutung, daß sich dort militante Demonstranten aufhielten, habe sich nicht bestätigt". Das ist allerdings jammerschade! Da organisiert die Mannheimer-Regierungs-Riege das (regional) "größte Polizeiaufgebot der Nachkriegsgeschichte" und findet nichts als ein Telefon und einen Stadtplan.

4. Akt: Guten Appetit!

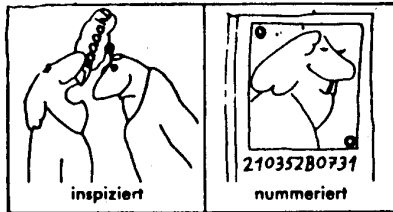
Die gewaltbereiten Horden, die Mannheim überfallen, entpuppten sich im Nachhinein als Hirngespinnst. Die eigentliche Bedrohung des Friedens ging, wie der MM unter dem Titel "Wasserwerfer und Gulaschkanonen" berichtet, eher von der menschenunwürdigen Behandlung der Polizeibeamten aus: "Zum Mittag wurden die Uniformierten aus einer Gulaschkanne versorgt, dazu gab es Nudeln und Bohnensalat. Über 100 Pakete mit Proviant hatte die Abteilung III des Polizeipräsidiums - sie ist normalerweise für die Verwaltung zuständig - zusammengestellt. So konnten sich die Beamten am Abend mit geräucherter Wurst, Brot und Obst stärken. Hinzu kamen Hektoliter Kaffee und ziemlich dünner Orangensaft."

Nudeln, Bohnensalat, Räucherwurst, Obst, Hektoliter Kaffee, dünner Orangensaft - Eigentlich ein Wunder, daß die "Beamten" nach der Speisung durch ihre Verwaltungsabteilung nicht auf alles eingedroschen haben, was sich bewegte! Immerhin verursachte der Genuß des "dünnen Orangensaftes" bei den Beamten in der Feudenheimer Landstraße offenbar eine gewisse "ich-nehme-sie-jetzt-fest"-Laune. Das bestätigt auch eine Bildunterschrift des MM: "An einer Kontrollstelle in der Feudenheimer Landstraße reisten auf einen Schlag so viele Demonstranten (...) an, daß die Gefangenentransporter gar nicht nachkamen."

5. Akt: "Sie sind verhaftet!"

"In dieser Stadt haben weder Gewalttäter von links noch solche von rechts eine Chance" gab Mannheims OB-Sheriff Gerhard Widder vor Presse-VertreterInnen männlich-markig zu verstehen. Daß die Polizei sich übereifrig an diese Parole hielt, "links" und "rechts" allerdings eher räumlich interpretierte, bestätigt der Fall einiger Motorrad-Fans, die auf dem Weg zu einem Mottradrennen auf dem Hockenheimring -völlig ahnungslos- festgenommen wurden, möglicherweise weil sie sich massiv passiv mit Helmen und Lederkleidung bewaffnet hatten. Sie erfuhren erst in der Zelle,

daß es sich in ihrem Falle offenbar um ein Mißverständnis handeln könnte. Aber nicht nur jenen machte die law-and-or-



der-Politik des OB einen Strich durch den Samstagsausflug: Mangels echter "Störer" und Gewalttäter verhafteten die 2400 aufgetobten Augen des Gesetzes, die offensichtlich bei der StraftäterInnen-Selektion ziemlich überfordert waren, vor allem "Personen", die nasenmäßig irgendwie nach DemonstrantInnen aussahen. So erklärt sich auch die (immerhin amtlich ausgegebene) ungeheure Erfolgsquote der Polizei: Obwohl "Mannheim einer Festung gleich" und "alle Zufahrtsstraßen" abgesperrt worden waren, gelang es den 1200 Beamten nicht annähernd zu verhindern, daß DemonstrantInnen "über Feldwege am Klärwerk vorbei" nach Mannheim "einsickerten". Von solcherlei Sickerphänomenen völlig unbeeindruckt, kommentiert die Rheinpfalz: "... im feinmaschigen Netz an Kontrollstellen gab es so gut wie keine Schlupflöcher" um auf der selben Seite zu widerrufen: "über 2000 Menschen" nahmen an der Demonstration teil.

6. Akt: Schwere Waffen

Um nicht umsonst so viel Wind ("Hurrikan") gemacht zu haben, nahm man also 189 "Personen" fest, von welchen angeblich 51 aktiv und passiv bewaffnet waren. Der Pressefotograf, der mit der Ablichtung der beschlagnahmten Trophäen beauftragt worden war, mußte schon ein Teleobjektiv langer Brennweite aufschrauben, um im Bilde die drohende Auslöschung Mannheims glaubwürdig zu dokumentieren. Eigentlich erstaunlich, daß der MM es wagte, die dürftige Ausbeute an "Waffen" auch noch stolz photographisch zu präsentieren (siehe Bild). Schließlich entpuppten sich gar die 2 beschlagnahmten "Schußwaffen", das grausamste Indiz der Gewaltbereitschaft der linken Chaoten, als Schreckschußpistolen.

Epilog

Und jetzt sind Gott, Polizei und OB sei Dank alle Probleme gelöst! "Alles atmet auf, und jetzt wird auch wieder über die Fußball-EM gescherzt. Kurz nach Mitternacht ist der Spuk (...) zu Ende." Uff!

Till

Bericht über die Demo vom 13.6.92 in Mannheim

Geschehnisse im Vorfeld der Demo

Wie die meisten UNIMUT-LeserInnen sicher mitbekommen haben, wurde am 6.6.1992 in Mannheim eine Demo gegen die rassistischen Übergriffe gegen Flüchtlinge in Mannheim-Schönau von der Polizei brutal niedergeknüpelt. (siehe UNIMUT vom 10.6.) Die schon vor dem 6.6. geplante Demo gegen Rassismus für den 13.6. wurde zunächst von der Stadt genehmigt, am Freitag den 12.6. jedoch unter dem fadenscheinigen Vorwand, es bestünden "erhebliche Sicherheitsbedenken", wieder verboten. Gerade weil dies eine krasse und ungewöhnliche Einschränkung der Meinungsfreiheit darstellte, war für viele klar, daß versucht werden mußte, die Demo trotzdem durchzusetzen. Daraufhin begann eine beispiellose Hetzkampagne, die offenbar das Ziel verfolgte, alle DemonstrantenteilnehmerInnen zu kriminalisieren. Über Presse, Rundfunk und Flugblätter wurde das Bild von anreisenden Gewalttäter(inne?)n verbreitet, denen jegliche politische Motivation abgesprochen wurde und denen unterstellt wurde, sie kämen nur aus Lust an Randalen. Mit einer halbseitigen Anzeige im Mannheimer Morgen und über 20 000 Flugblättern wurden die Mannheimer BürgerInnen dazu aufgefordert, für "Verkehrsbehinderungen durch Polizeikontrollen" Verständnis zu haben und "Ansammlungen und Aktionen" fernzubleiben. "Geben Sie der Gewalt in Mannheim keine Chance", baten OB Widder und Polizeipräsident Knut Feldmann. Mit dieser Abschreckungstaktik sollten offensichtlich alle Leute, die nicht bereit waren, für ihre politische Überzeugung (Solidarität mit den Flüchtlingen) zu riskieren, zusammengeschlagen oder festgenommen zu werden, von vornherein von einer Teilnahme an der Demonstration abgehalten werden.

AUSNAHMEZUSTAND IN MANNHEIM

Am Samstag wurden diejenigen, die sich trotz alledem dazu entschlossen hatten, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen, mit Maßnahmen konfrontiert, die die meisten von ihnen wohl noch nie erlebt hatten. An allen Zufahrtsstraßen führten massive Polizeikräfte Straßenkontrollen durch. Auch am Bahnhof und an der OEG-Haltestelle



Unter kommunaler Schirmherrschaft "Der Aufmarsch der Rechtskräfte ist tatsächlich eine Provokation. Allerdings eine ordnungsgemäß angemeldete."

"Gott und die Welt"

Blockseminar

RELIGIÖSE GEMEINSCHAFTEN UND POLITISCHE VERANTWORTUNG

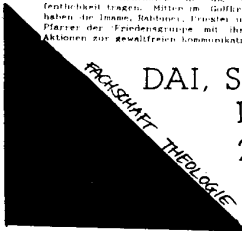
Clergy for Peace

Pazifistisch auch im Dialog mit den Palästinensern

Veranstaltung mit:
Rabbi Jeremy Milgrom

Aus der Intifada, dem palästinensischen Aufstand in den von Israel besetzten Gebieten, und aus der Erkenntnis heraus, was in den Religionen Judentum, Christentum und Islam an Frieden grundlegend ist, entstand 1989 eine besondere Friedensgruppe, Clergy for Peace (Kirchenrat für den Frieden). Sie soll die religiösen Interessen des jüdisch-arabischen Konfliktes in die Öffentlichkeit tragen. Mitten im Dillingen Festival laden wir, Rabbiner, Priester und Pfarrer der Friedensgruppe mit ihren Akteuren zur gewaltfreien Kommunikation

Aufsehen erregt. Rabbi Jeremy Milgrom ist der jüdische Sprecher der jüdisch-christlich-muslimisch-drusischen Friedensgruppe. Der Geistliche, der eigentlich Pilot bei der israelischen Luftwaffe werden wollte, muß sich heute mit dem Vorwurf gefallen lassen: "Rabbi von Yasst Ararat zu sein". Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. (DIK) und dem Deutsch-Amerikanischen Institut (DAI) statt.



DAI, Sofienstr. 12
Do., 18.6.92
20 Uhr
- Unkostenbeitrag
3 Mark -

ai: Gewalt im Lande Ghandis

Das Leben indischer Frauen ist von großen Gegensätzen geprägt. In westlichen Ländern wird hauptsächlich von Mitgiftmorden (allein in Neu-Delhi nach offizieller Statistik 500 Frauen), Witwenverbrennungen und der hohen Selbstmordrate junger Frauen berichtet.

Sie sind aber keineswegs nur Opfer, sondern in zahlreichen Bewegungen aktiv: sie sind z.B. in der Chipko-Bewegung zur Bewahrung ihrer unmittelbaren ökonomischen Lebensgrundlage, im Widerstand gegen Mitgiftzahlungen, im Kampf gegen die Ausbeutung von Hausangestellten oder für die Durchsetzung von eigenen Landrechten organisiert.

Diese Bandbreite ist charakteristisch für die Situation der Frauen in Indien. Über die verschiedenen Facetten ihres Lebens berichtet Madhu Kishwar. Sie gilt als wichtigstes Sprachrohr der indischen Frauenbewegung und ist Redakteurin der ersten indischen Frauenzeitschrift Manushi.

■ Fr 19.6. Diavortrag von Tanja Schirrmacher: **Die Gewalt ist da, doch für Touristen unsichtbar**; Bericht über die Menschenrechtssituation in Indien und persönliche Reiseerfahrungen;

■ Mo 22.6. **Situation der Frauen in Indien**; Madhu Kishwar (siehe oben)
Jeweils um 19.30 in der VHS, Bergheimerstr. 76;

unimut

ZEITUNG - DER UNI HEIDELBERG

unimut

ZEITUNG - DER UNI HEIDELBERG

TERMIN-Extrakt

- Mi 17.6. Histo-Fete
- Do 18.6. 20.00 Clergy for Peace; Pazifistisch auch im Dialog mit Palästinensern. Blockseminar der FS-Theologie; DAI, Sophienstr. 12
- Fr 19.6. 19.30 ai: Menschenrechtssituation in Indien (siehe Artikel); VHS;
- Mo 22.6. 19.30 "Neue Weltordnung; Diskussion mit Jochen Hippler (siehe Artikel UNIMUT 56); Neue Uni HS13
- Mo 22.6. 19.00 IPPNW: Krieg als Ventil menschlicher Aggression? Dipl.-Psych. Dr Stefan Zettl, Heidelberg; INF 306 HS2
- Mo 22.6. 19.30 Situation der Frauen in Indien (siehe Artikel); VHS;
- Di 23.6. 21.30 Offene Bühne im Marktcafé; jeder kann auftreten.
- Di 23.6. 19.30 CO₂-Ringvorlesung: Innovative Strategien zur Minimierung des Treibhauseffektes im Energiebereich; Heuschauer
- Di 23.6. 19.00, Frauen und AIDS; AIDS-Hilfe Heidelberg, Buneenstr. 19
- Di 23.6. und Mi 24.6. Wählt das UNIMUT-Team !



„Keine Panik, Worthington... Sobald die warme, feuchte Luft des Dschungels in die Höhle eindringt, wird sie durch die kühle, dünnere Luft innen nach oben gedrückt. Das erzeugt Turbulenzen, die sich anhören wie ein schweres Atmen.“

Physik unter Hitler

Die Fachschaft Math/Phys organisiert eine Veranstaltung zum Thema "Physik unter Hitler". In dem Vortrag soll dargestellt werden, unter welchen Bedingungen die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zur Zeit des Dritten Reiches zu arbeiten hatten. Insbesondere wird dabei die Geschichte der Heidelberger Physik untersucht. Der Vortrag findet statt am Montag, den 29.6.92 um 18 Uhr im großen Hörsaal der Physik am Philosophenweg 12 (heutiges physikalisches Institut).

Die Zeit des Dritten Reiches war nicht nur für die Geschichte Deutschlands im allgemeinen sondern im speziellen auch für die Geschichte der Wissenschaft eine dunkle Zeit. Insbesondere die Physik hat, mehr als alle anderen Wissenschaften, durch die Erfindung der Atombombe ihre Unschuld verloren. Doch im Dritten Reich war die Wissenschaft noch von einer anderen Seite bedroht. Einige wichtige deutsche Physiker, unter ihnen Einstein, fielen unter die Rassengesetze. Dem Dogma folgend, daß alles undeutsche auszumerzen war, wurde auch versucht, die Physik umzuschreiben. Gegen Einsteins Relativitätstheorie wurde zuerst versucht, wissenschaftlich anzugehen. Später, als sie sich etabliert hatte, wurde hauptsächlich polemisiert. Die "deutsche Physik" verkam dabei mehr oder weniger zu einer Heldenverehrung der alten deutschen Wissenschaftler. Einer der bedeutendsten Vertreter der "deutschen Physik" war Philipp Lenard, der auch in Heidelberg am physikalischen Institut arbeitete. Dieses physika-

lische Institut hieß früher sogar "Philipp-Lenard-Institut".

Der Vortrag beschäftigt sich kurz mit der allgemeinen Situation der Wissenschaften im Dritten Reich und schwenkt dann auf die Geschichte der Physik, wobei der Person Philipp Lenards besondere Aufmerksamkeit zukommt. Der Vortrag wird von Ex-Fachschafter Holger Becker gehalten.

Leserbrief zum Artikel "Keine Wahl" UNiMUT 56

Im letzten UNiMUT stand ein Artikel zum Thema Studierendenvertretung, der ausführlich erläuterte, was die Studierenden in Baden-Württemberg an der Uni zu sagen haben. Eines ist allerdings nicht ganz herausgestellt worden: einen richtigen ASTA (ohne "kastriert" und ohne Anführungszeichen) gibt es in Baden-Württemberg nicht!

Dazu einen Vergleich mit anderen Bundesländern, speziell hier Nordrhein-Westfalen (in Auszügen aus dem Gesetz über wissenschaftliche Hochschulen des Landes NRW (WissHG)):

§71, (1) Die an der Hochschule eingeschriebenen Studenten bilden die Studentenschaft. Die Studentenschaft ist eine rechtsfähige Gliedkörperschaft der Hochschule

(2) Die Studentenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten selbst. Sie hat (...) die folgenden Aufgaben:
1. Die Interessen ihrer Mitglieder im Rahmen dieses Gesetzes zu vertreten;
2. hochschulpolitische Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen und zu hochschulpolitischen Fragen Stellung zu beziehen;

3. fachliche, wirtschaftliche und soziale Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen; (...)

(3) Die Studentenschaft fördert auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein und die Bereitschaft zur aktiven Toleranz ihrer Mitglieder. Eine über die Aufgaben der Studentenschaft hinausgehende allgemeinpolitische Willensbildung vollzieht sich in den studentischen Vereinigungen an der Hochschule.

(4) (...) (5) (...)
§72 (Satzung der Studentenschaft)
(1) Die Studentenschaft gibt sich eine Satzung.

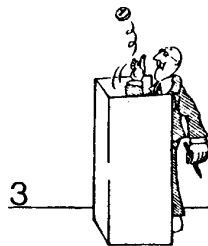
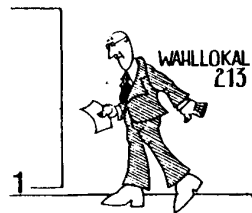
(2) (...) (3) (...)
§75 (Allgemeiner Studentenausschuß (ASTA))

(1) Der Allgemeine Studentenausschuß vertritt die Studentenschaft. Er führt die Beschlüsse des Studentenparlaments aus und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung der Studentenschaft.
(2) ... (7)

Ein Blick in dieses Gesetz zeigt die deutlichen Unterschiede zu Baden-Württemberg. Die Studentenschaft gibt sich eine Satzung (mit dem nicht unwesentlichen Schönheitsfehler, daß Studierendenparlament und ASTA gesetzlich vorgeschrieben sind). Aber immerhin entscheidet die Studierendenenschaft über einen Teil der Struktur selbst. So ist z.B. die Struktur der Fachschaften komplett der Satzung überlassen, die sich die Studierenden selbst geben. "Der ASTA vertritt die Studentenschaft." Dabei heißt Studentenschaft hier immer: alle Studierenden an der Hochschule! Die Aufgaben sind zwar auf den hochschulpolitischen Bereich beschränkt, aber die Regelung mit der politischen Bildung läßt sich weit auslegen. Die kommt einem richtigen ASTA, wie er eigentlich sein sollte, schon viel weiter entgegen als die Baden-Württembergische Regelung. Einen richtigen ASTA mit Satzungsautonomie (d.h. auch die Organe der Studierendenenschaft werden durch die Studierenden selbst bestimmt), Finanzautonomie (nur die Studierendenenschaft entscheidet über die Beiträge) und allgemeinpolitischem Mandat gibt es zur

Zeit nicht. Früher gab es ihn - als alle ASTen noch konservativ besetzt waren (siehe Geschichte der Studierendenvertretung im vorletzten UNiMUT). Das zeigt auch nochmal auf, was für ein Demokratieverständnis in den oberen Etagen herrscht: unbequeme Meinungen werden unterdrückt - wer den Regierenden nach dem Mund redet, darf bleiben.

In Baden-Württemberg also von einem ASTA zu sprechen, ist wahrer Hohn und



entspricht der konservativen Verschleierrungstaktik: Begriffe, die eigentlich eine feste, bestimmte Bedeutung haben, erfahren durch Gesetze und Verordnungen einen Bedeutungswandel, der in der Öffentlichkeit aber nicht wahrgenommen wird. Die Bedeutung des kastrierten "ASTA" (KastrA) in Baden-Württemberg ist geradezu pervertiert: Er vertritt nicht mehr die Studierenden der Öffentlichkeit gegenüber, sondern fast die Uni den Studis gegenüber! Deshalb hat sich in Heidelberg auch der Begriff "KastrA" geprägt, um diesen verordneten Bedeutungswandel zu unterlaufen. Deshalb haben sich auch unabhängige Studierendenvertretungen gebildet, die die Studierenden der Universitätsleitung und der Gesellschaft gegenüber vertreten, ohne durch die Gesetze eingeschränkt zu sein - deshalb gibt es in Heidelberg die Fachschaftskonferenz (FSK).

Der KastrA ist keine Studierendenvertretung und deshalb heißt das auch, daß er von den unabhängigen Strukturen (in Heidelberg die FSK, in Stuttgart die FachschaftsvertreterInnenvollversammlung (FaVeVe), in Karlsruhe der Unabhängige ASTA (USTA) etc.) für die Belange der Studierenden funktionalisiert wird - politische Arbeit wird in den unabhän-



... Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird Sie brennend interessieren ..."

gigen Strukturen geleistet. Außerdem wird verhindert, daß die parteipolitischen Hochschulgruppen die Studierenden "kastrieren", denn innerhalb der gesetzlichen Struktur läßt sich lange nicht soviel machen, wie z.B. die FSK kann und macht.

Deutlich muß sein, daß in Baden-Württemberg eine wirksame Studierendenvertretung nur in unabhängigen Strukturen wie der Fachschaftskonferenz möglich ist!

André Fachat

IMPRESSUM

UNiMUT - Zeitung an der Uni Heidelberg

Nr. 57 17. Juni '92

UNiMUT erscheint: alle 2 Wochen(!)

Redaktionsschluß: Montags, 14⁰⁰ Uhr

Mitarbeit diesmal: Gerald Till Michael
Kirsten Andreas Christiane Sabine Sonja
Christian Sten-Pieter Katrin

Druck: Druckwalze GdbR

Auflage: 2500

LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit er wünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.l.s.d.p: F(ach)S(chäfts)K(onferenz)
Zentrales Fachschaftenbüro
Lauerstraße 1
6900 Heidelberg
Tel.: 06221/542456/7

Fortsetzung: Demo-Bericht

wurden Leute "aussortiert". Die Straßencafés in der Innenstadt machten auf Anordnung der Stadt am frühen Nachmittag dicht. Eine als "logistischen Zentrum für militante Störer" (MANNHEIMER MORGEN) bezeichnete Kneipe wurde durchsucht, geschlossen, mangels Beweisen später jedoch wieder geöffnet. Alle nach Schönau führenden Straßen und Feldwege wurden abriegelt. Bei den Kontrolle wurden auch ca. 40 Leute aus Heidelberg angehalten und von ca. 17.00 - 2.00 Uhr in Vorbeugehaft genommen, obwohl bei den allermeisten keinerlei Hinweise darauf, daß sie tatsächlich zur Demonstration wollten, geschweige denn Waffen, gefunden wurden. Einem Festgenommenen wurde als Begründung gesagt, es werde jeder in Vorbeugehaft genommen, der so aussehe als ob er zur Demonstration wolle. Pech hatte jemand, der zum Motorsportrennen nach Hockenheim wollte. Die zuständigen Polizisten fanden, er sehe aus, als wolle er demonstrieren gehen und nahmen ihn bis nachts in Polizeigewahrsam. 15 Skins, die auch in die Kontrolle gerieten hatten mehr Glück. Da für die Polizei klar war, daß sie "Mannheim so schnell wie möglich verlassen wollten" (Ma. Morgen) wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt.

Eine Heidelbergerin, die mit 4 Freundinnen im Auto saß (alle nicht besonders militant oder "autonom" aussehend) berichtet, daß sie zunächst 3 Stunden unter polizeilicher Aufsicht am Straßenrand warten mußten, bevor sie mit einem Gefangenentransporter, der in schlecht belüftete, Tierkäfig-ähnliche Einzelzellen aufgeteilt war, nach Ludwigshafen gebracht wurden. Eine Durchsuchung hatte bis dahin nicht stattfinden können, da keine Polizistin anwesend war. In LU mußten sie jeweils zu zweit in künstlich beleuchteten, weißgekachelten Zellen ausharren. Obwohl es ihr Recht gewesen wäre, wurde ihnen nicht erlaubt, zu telefonieren. Nach einer weiteren Verlegung nach MA wurden sie erkennungsdienstlich behandelt (von allen Seiten fotografiert, von allen Fingern Abdrücke genommen). Mit ein paar Männern aus HD erlaubten sich die Beamten einen "kleinen Scherz". Sie steckten drei wegen Bewaffnung festgenommene Rechtsextreme zu ihnen in die Zelle. Natürlich kam es zu Provokationen, denen gelang es, Ruhe zu bewahren.

Um 1.30 wurden die Festgenommenen grüppchenweise nach und nach freigelassen. Die meisten von ihnen hatten bis dahin weder etwas zu essen noch etwas zu trinken bekommen (auch eigenes Essen war ihnen abgenommen worden, ebenso wie Schuhe, Taschen, Schmuck...).

Insgesamt wurden ca. 400 Personen festgenommen (Rhein-Neckar-Fernsehen). Da die Knäste in Mannheim und Ludwigshafen voll waren, wurden Leute bis nach Speyer verlegt.

Doch Kontrollen und Festnahmen gab es nicht nur in MA. In Karlsruhe wurden 300 Leute eingekesselt und ihre Autos beschlagnahmt, um sie an der Fahrt nach MA zu hindern. Daraufhin führten sie eine Spontandemo in KA durch. Auch in Freiburg und Stuttgart sollen Leute festgehalten worden sein.

FRIEDLICHE DEMO IN DER INNENSTADT

Trotz der Kontrollen haben es viele geschafft zum vereinbarten Treffpunkt am Neuen Meißplatz zu gelangen; selbst solche, die die Polizei aufgrund ihrer bunten Haare, Lederjacken, Dreadlocks... eigentlich für DemonstrantInnen hätte halten müssen. Nach einiger Zeit des Wartens wird klar, daß auch sehr viele auf der Strecke geblieben sind (s.o.). Da

die Schönau und die Innenstadt offenbar vollständig abgeriegelt sind, sitzen ca. 60 Leute, von Zivilpolizisten beobachtet, ratlos auf der Wiese und überlegen, wie es gelingen könnte, auf weitere DemonstrantInnen an anderen Treffpunkten zu stoßen. Eine Zeitlang scheint es so, als wäre es Stadt und Polizei gelungen, Mannheim vollständig abzuriegeln und so viele zu verhaften, daß eine Demo tatsächlich unmöglich wird. Dann aber kommt gegen 19.00 die Nachricht, daß sich in der Innenstadt ein Demozug formiert hat und sich in Richtung Kurpfalzbrücke bewegt. Es gelingt, ohne Zwischenfälle zu diesem Zug zu stoßen. Eine ständig wachsende Demo zieht zunächst durch die Neckarstadt, wo regelrechte Volksfeststimmung ausbricht. Die bedrückende Stimmung hat sich längst in Erleichterung und Freude aufgelöst, denn die BewohnerInnen klatschen begeistert, lehnen aus den Fenstern, manche marschieren einfach mit. Der riesige Zug bewegt sich ca. 3 Stunden durch Neckarstadt, Jungbusch und Innenstadt. Die Polizei formiert sich zwar immer wieder an größeren Plätzen, verhält sich jedoch ruhig. Bei vereinzelt Provokationen von außen gelingt es DemonstrantInnen, Leute, die darauf reagieren wollen, zurückzuhalten. Eine aus einem Fenster hängende Deutschland-Fahne muß allerdings drangehen...



Gegen 22.15 Uhr erreicht die Demo den Paradeplatz, auf dem anschließend eine Kundgebung stattfindet. Von einem Bielefelder Lautsprecherwagen aus werden danach Berichte über Festnahmen und Soli-Aktionen aus anderen Städten verbreitet.

Als um 23.00 Uhr die Demo aufgelöst wird, ziehen noch Leute zum Knast um gegen die Festnahmen zu protestieren (nicht um "die Gefangenen zu befreien", wie das Rhein-Neckar-Fernsehen behauptet!). Da die Leute sofort eingekesselt werden, wäre es beinahe doch noch zu einer Eskalation gekommen. Der Demo-Leitung gelingt es jedoch zum Glück, dies zu verhindern.

DEMO IN SANDHOFEN

Auch in MA-Sandhofen fand eine Demonstration mit ca. 500 Leuten statt. Die vorwiegend aus dem Frankfurter Raum kommenden DemonstrantInnen hatten es nicht geschafft, in die Innenstadt zu gelangen. Sie wurden vom Polizeispalier in Schach gehalten, zu schwerwiegenden Zwischenfällen kam es jedoch nicht.

WENN WASSERWERFER IN DER ABENDSONNE WARTEN
(Artikelüberschrift der RHEINPFALZ vom 15.6.1992)

Als Teilnehmerinnen der Demonstration können wir über das Presse-Echo nur

fassungslos den Kopf schütteln. Die Presse des Rhein-Neckar-Raumes macht sich durch ihre einseitige und undifferenzierte Berichterstattung zu einem Instrument rechter Stimmungsmache. Außerdem tritt sie Grundrechte mit Füßen. Zum Beispiel veröffentlichte der MANNHEIMER MORGEN Namen, Anschriften, Alter, Berufe und Zugehörigkeit zu politischen Gruppen der AnmelderInnen der Demonstration.

Nirgends in der Presse wird erwähnt, daß es sich bei den zahllosen Festgenommenen in ersten Linie um unbewaffnete Leute handelte, die völlig unbegründet ihrer Freiheit beraubt wurden. Die RHEINPFALZ schreibt zwar: "189 Personen wurden vorläufig festgenommen, bei 51 von ihnen fanden sich unter anderem Metallketten, Schusswaffen, Schlagstöcke und eine Axt". Die Frage, weshalb die 138 nicht bewaffneten festgehalten wurden, wird nicht gestellt. Die vom MM und RNF präsentierte Waffenausbeute erscheint genau betrachtet etwas kärglich für die Ausrüstung von 51 Leuten. Die gefundenen Waffen entsprechen etwa dem, was 2-3 Polizisten bei sich tragen! Mit der Waffenaufzählung rechtfertigt die Presse jedoch die zahlreichen Katastrophenschutzmaßnahmen und das Aufgebot von 1200 Polizisten, das die SteuerzahlerInnen 300 000 DM gekostet haben soll. Klarer Fall: Wären die Waffen nicht beschlagnahmt worden, hätte die ganze Demonstration nicht gewaltfrei verlaufen können! Denn sicherlich wäre es den 2500 "friedlichen DemonstrantInnen" nicht gelungen, die "Bewaffneten" an der Gewaltausübung zu hindern!!

Wir wollen es nicht hinnehmen, daß Leuten, die sich gegen Rassismus und eine repressive Flüchtlingspolitik wenden, unterstellt wird, sie reisten nicht aus politischer Motivation sondern nur aus Lust an der Gewalt durch die Städte Deutschlands.

Unserer Meinung nach verfolgen Pressethete und massives Polizeiaufgebot das Ziel, Eskalationen zu provozieren und dadurch langfristig politisch unliebsame Demonstrationen zu verhindern. Für die Zukunft bleibt zu hoffen, daß solche Absichten ebenso fehlschlagen wie in Mannheim am Samstag. Der Mannheimer Morgen ist zwar der Meinung, daß es den Flüchtlingen mehr bringe, wenn Spielzeug und Fahrräder für sie gesammelt werden. Wir halten es jedoch für wichtig, daß neben konkreter Flüchtlingsarbeit der zunehmenden Tendenz, Flüchtlinge und AusländerInnen zu Sündenböcken der wirtschaftlichen Misere zu machen, auch öffentlich etwas entgegengesetzt wird.

Sonja und Sabine

Seite 3



Briefwechsel zum Studiticket

Universität Heidelberg
- Studentensekretariat -

Betr.: Fragebogen zur Hochschulnetzkarte und zur Parkraumbewirtschaftung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem Fragebogen nehme ich wie folgt Stellung.

Hochschulnetzkarte

Aufgrund meiner Nahverkehrssituation bringt mir eine Hochschulnetzkarte bzw. deren Subventionierung durch Erhöhung der semesterlichen Sozialabgabe keinerlei Vorteile. Ich lehne daher eine Umlage, mit dem Semesterbeitrag erhoben, ab.

Begründung: Meine Verkehrssituation bei Benutzung des VRN-Verkehrsverbundes ist wie folgt.

Zustiegsort ist Altlußheim, gelegen an der VRN-Busstrecke Speyer - Schwetzingen - Heidelberg. Die Streckenführung windet sich mäandrierend durch den Landkreis. Nach 45 Haltestellen (...) erreicht er endlich die Endhaltestelle Heidelberg-Bauhaus. Die Fahrzeit - wenn keine Verspätung eintritt - beträgt 1 Std. 25 Min. (...). Dann bin jedoch noch nicht in der Nähe der Universität. Zu Fuß oder mit dem Bus zur Peterskirche werden nochmals 20 bis 30 Minuten benötigt. Das heißt es. 2 Stunden wäre ich unterwegs, mit der Rückfahrt also täglich 4 Stunden!

Ich bin daher gezwungen, mit dem PKW zu fahren. Damit schaffe ich die Strecke bis zum Parkhaus P9 (Plöck) in ca. 25 Minuten.

Bei dieser Zeitdifferenz muß ich Ihren Plänen leider eine Absage erteilen.

Parkraumbewirtschaftung

Ist Ihnen bekannt, daß das Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg die Parkgebühren ab 01.04.92 in den landeseigenen Tiefgaragen für Studenten von DM 132 auf DM 180 je Semester, also um 36,4% erhöht?

Was gedenken die Studentenausschüsse gegen diese staatliche Preiserhöhung zu tun?

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Meier¹

Antwort der Univerwaltung:

Sehr geehrte Frau Meier¹

besten Dank für Ihr Schreiben vom 20.01.1992, das ein anschauliches Beispiel dafür ist, daß mit dem gegenwärtigen ÖPNV-Netz nicht allen Bedürfnissen in vertretbarer Weise Rechnung getragen werden kann.

Meine Prüfung der Bundesfahrpläne Neulußheim - Mannheim - Heidelberg hat eine Fahrtzeit von praktischerweise einer Stunde ergeben, was auch dann nicht zum Umsteigen reizt, wenn Sie den Weg nach Neulußheim zum Bahnhof mit dem Fahrrad machen und vom Hauptbahnhof zur Peterskirche den 10-Minuten-Takt der beiden Buslinien 11 und 33 in Anspruch nehmen.

Vielleicht kommt aber das neue Abonnementangebot für sie aber als eine Art "Zweitwagen" für die Tage in Frage, an denen Ihnen Ihr PKW ausnahmsweise nicht zur Verfügung steht. Ich erwähne dies, weil der Rücklauf der Antworten Ihrer Kommilitonen schon jetzt zeigt, daß es wohl zu einer Kombination eines erhöhten Sozialbeitrags mit einem stark ermäßigten Abonnement für das Gesamtnetz des VRN kommen wird. - Wenn viele andere umsteigen, erreichen Sie das Parkhaus Plöck noch schneller als bisher. Ist Ihnen das nicht auch etwas wert?

Auch die Universität bedauert, daß die Erhöhung der Parkgebühren ausgerechnet jetzt kommt. Eine Erhöhung wird mittelfristig unvermeidlich sein. Bitte machen Sie sich klar, daß ein Tiefgaragenplatz von den Herstellungskosten her fast ebensoviel kostet, wie der Platz in einem Studentenwohnheim. Sie wissen, daß die Wohnheimplätze ebenfalls von den Investitionskosten her subventioniert sind, aber immer noch Mieten bis zu 300 DM/Monat kosten. Mit einer langfristigen Erhöhung der Kosten des Autoparkens werden wir uns daher alle abfinden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

In dem Brief von Claudia¹ wird ein Problem deutlich, das sehr viele mit dem Studiticket haben: Aufgrund der individuellen Situation, z.B. dem Wohnort, lohnt sich das Studiticket finanziell nicht. Dies betrifft zum einen Studierende, die, wie Claudia, nahverkehrsmäßig abgelegene Wohnorte, zum anderen FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Andererseits gilt es auch den ökologischen Aspekt zu berücksichtigen. Das Studiticket wurde von der Fachschaftskonferenz nicht nur aus sozialen, sondern in erster Linie aus ökologischen Gründen entwickelt. Das Ziel ist eine Umleitung des Verkehrs, weg von der Straße, hin zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Ein Grund, nicht der einzige, für die Benutzung des Autos sind die hohen Kosten des ÖPNV. Daß wesentlich günstigere Tarife zu massivem Umsteigen führen können, zeigt die Regio-Karte Freiburg: die Einführung einer übertragbaren Monatskarte für 49 DM, gültig im Umkreis von ca 50 km, führte zu völlig überlasteten Zügen, Bussen und Bahnen. Ordner mußten in den Stoßzeiten für ein geordnetes Zustiegen sorgen; an den Wochenenden blieben Fahrgäste Richtung Schwarzwald stehen. Mit dem Studiticket soll, wenigstens innerhalb der Gruppe der Studierenden, ein ähnlicher Effekt erreicht werden.

Zwangsläufig muß bei einem Erfolg der ÖPNV ausgebaut werden, abgelegene Orte müssen besser angeschlossen, Taktzeiten verkürzt werden (dies ist die sogenannte "Netzwerkung"). Das Studiticket ist ein erster Schritt, der, ausge-

weitert auf andere Gruppen, eine wesentliche Entlastung der Umwelt bedeutet. Dies kommt allen zugute, auch wenn Einzelne weiterhin auf ein Auto angewiesen bleiben.

Der VRN stellt die Bedingung, daß das Studiticket ihn nichts kostet, das heißt, die Einnahmen durch die Studierenden insgesamt müssen gleich bleiben. Am Anfang wollte die Fachschaftskonferenz (FSK) deshalb die gesamten Kosten, etwa 1,4 Millionen pro Jahr, auf alle Studierenden umlegen, was den Studiausweis zur Fahrkarte gemacht hätte (Solidarmodell). Der VRN forderte dabei allerdings 45 DM pro Studi, um sich die Netzwerkung (1,3 Millionen mehr) von den Studierenden bezahlen zu lassen.

Im Lauf der Verhandlungen zeigte sich jedoch, daß das Studiwerk einer dann

nötigen Erhöhung des Semesterbeitrages um 45 DM nicht zustimmt. Später kam hinzu, daß sich in der Umfrage ebenfalls eine Ablehnung abzeichnete.

Daraufhin beschloß die FSK, vorerst eine Lösung zu favorisieren, bei der nur ein Teil der Kosten von allen getragen wird (ca 15 DM pro Semester und Studi), was zu einem verbilligten Semesterticket führt (ca. 90 DM). Dieser Betrag ist deutlich günstiger als die Benutzung eines Autos, ein Umsteigen derjenigen, die ÖPNV-erträglich wohnen, ist also zu erwarten. Die Belastung für Leute wie Claudia, für RadfahrerInnen und FußgängerInnen bleibt erträglich. Um diesen auch eine Leistung für ihre 15 DM zu bieten, verhandelt das Kommunalreferat der FSK im Moment zusätzlich die Gewährung des halben Fahrpreises bei Einzelfahrten für alle Studis - jeden zweiten Monat nach Mannheim (11 DM) und es hat sich schon gelohnt.



Ebenfalls aus ökologischen Gründen finde ich eine Erhöhung der Autokosten gut, entstehende soziale Härten müssen auf andere Art beseitigt werden. Wohnungen in Unnähe sind sinnvoller als Parkhäuser für Pendler. Das Kommunalreferat der FSK versucht Parkgebühren im Neuenheimer Feld durchzusetzen, um damit das Studiticket mitzufinanzieren und durch die Netzwerkung auch ungünstig wohnenden Studierenden den Verzicht auf das Auto zu ermöglichen. Dennoch, das Ziel bleibt die Einführung des Solidarmodells bei verbessertem Verkehrsangebot. Das Studiticket wird ohne Subventionen auskommen müssen, auch aus Gründen der Gleichbehandlung anderer Gruppen z.B. SchülerInnen. Massenweise UmsteigerInnen zwingen jedoch Kommunen und Land zu Investitionen in den ÖPNV, es gilt dann Farbe zu bekennen: will das Land überhaupt weniger Autos oder stimmt das Gerücht, daß dem VRN ein Mißerfolg, also kein Umsteigeeffekt, am liebsten ist?

Ihr wollt bestimmt langsam mal die genauen Umfrageergebnisse sehen. Aus der Univerwaltung kommen zwar gelegentlich irgendwelche vorläufige Teilergebnisse, immer allerdings "nicht zur Veröffentlichung bestimmt". UNIMUT wird nichts unversucht lassen, um die Zahlen so bald wie möglich zu bringen.

michael

¹Name von der Redaktion geändert